

Ingo Schmidt

Europa und Britannien nach der Brexit-Wahl

Besser Brexit als Corbyn. Das war wohl die Meinung jener gut betuchten Briten, die lieber in der EU bleiben würden. Es war auch der Tenor der deutschen Medienberichte über die britischen Unterhauswahlen im letzten November. Im Vorfeld der Wahlen wurde Corbyn fast durchgängig als eine Art Lafontaine hoch 10 bezeichnet. Nach den Wahlen verloren die Medien schnell ihr Interesse und trösteten sich über den nun doch nicht mehr zu vermeidenden Brexit mit Schadenfreude hinweg. Viel wurde darüber berichtet, dass es zu einem neuen Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands, vielleicht sogar einem Anschluss Nordirlands an die Republik Irland kommen werde. Das mag stimmen. Zu Schadenfreude haben die pro-EU-Medien aber wenig Anlass. So viele Spaltlinien wie das Vereinigte Königreich durchziehen die Europäische Union schon lange.

Deutsch-französische Spannungen

Das deutsch-französische Verhältnis ist schon lange zerrüttet. Macron macht einen Vorschlag zur politischen Weiterentwicklung der EU nach dem anderen. Und Merkel schweigt. Die Wahl Ursula von der Leyens zur Kommissions- und Christine Lagardes zur EZB-Präsidentin schien Entspannung anzudeuten. Wie in den guten alten – aus Sicht kleiner Länder eher: schlechten – Zeiten hatten sich die Regierungschefs aus Berlin und Paris auf einen Vorschlag geeinigt, der dann nach viel Gezerre und mit Bauchschmerzen angenommen wurde. Als ehemalige Kriegsministerin passt von der Leyen gut zu Macrons Vorstellungen einer außenpolitisch selbständigeren und entsprechend aufgerüsteten EU. Lagarde hat sich als IWF-Chefin Sporen als harte Sparpolitikerin verdient. Insbesondere in Griechenland wird man sich daran erinnern, dass sie in Zusammenarbeit mit EU-Kommission und EZB einer lockeren Geldpolitik und steuerfinanzierten Rettung pleitebedrohter Banken in Deutschland und Frankreich zustimmte. Im Gegenzug aber bei der Senkung sozialer Mindeststandards und der Kürzung öffentlicher Dienste in Griechenland mitwirkte. Einen Neustart der deutsch-französischen Beziehungen markierte der von-der-Leyen-Lagarde-Deal keineswegs. Im November erklärte Macron die Nato in einem Interview mit dem britischen Economist für hirntot und knüpfte daran zum wiederholten Forderungen nach einer eigenständigeren Außenpolitik der EU. Und bekam von Merkel prompt einen Korb.

Schon in den vermeintlich guten alten Zeiten war die deutsch-französische Partnerschaft keineswegs Garant und Motor der europäischen Einigung. Auch wenn dies in Festreden immer wieder behauptet wird. Eher war es so, dass Einigungsschritte von der Montan- bis zur Währungsunion immer dann unternommen wurden, wenn sie mit den durchaus unterschiedlichen politischen Strategien in Berlin bzw. Bonn und Paris kompatibel waren. Die Montanunion legte einen der Grundsteine der export-getriebenen Akkumulationsstrategie des deutschen Kapitals. Daran halten die deutschen Eliten bis heute fest. Ebenso wie an der unverbrüchlichen Treue zu den USA. Damit haben es die französischen Eliten nie so genau genommen. Haben aber immer im Unklaren gelassen, mit wem sie außenpolitische Bündnisse ohne oder sogar gegen die USA eingehen wollten. Dafür zeigten sie eine durchgängige Vorliebe für die politische Regulierung der Kapitalbewegung. Daher die wiederkehrenden Forderungen nach einer europäischen

Wirtschaftsregierung. Der deutschen Bourgeoisie sind solche Vorstellungen fremd. Vielleicht weil sie sich zu sehr an ihre staatskapitalistischen Verstrickungen mit Kaiser- und Drittem Reich erinnert fühlt. Aber sie kann sich mit dem französischen Regulierungsfaible arrangieren, wenn es in ein ordnungspolitisches Korsett gezwängt wird. Wie im Maastrichter Vertrag 1992 oder dem Fiskalpakt 2011.

Sprengsatz Währungsunion

In diesem Korsett wäre die Währungsunion beinahe erstickt. Ihre Wiederbelebung im Laufe der Euro-Krise – Staatsknete für Banken und Inhaber fetter Sparkonten, Sparmaßnahmen für alle anderen – hat soziale und politische Spaltungen innerhalb der Euro-Zone aber auch der EU insgesamt massiv verschärft. Das gilt auch für den Aufschwung von UKIP, ohne den es keinen Brexit gegeben hätte. Beide haben ihren Ursprung in der britischen Bankenrettungs- und Sparpolitik außerhalb der Währungsunion. Aber die ‚man-spricht-Deutsch‘-Haltung, mit der Merkel und Schäuble dieselbe Politik gegenüber den südeuropäischen Euro-Ländern durchgesetzt haben, hat sicher das ihre zur Euroskepsis in Britannien und der Euro-Zone beigetragen. Selbst in Deutschland, dessen politische Elite sich als Schützerin deutscher Spar- und Steuergroschen gerierte und damit den Anstoß zur Gründung der AfD gegeben hat.

In den Jahren vor der Euro-Krise war es zu einer Polarisierung zwischen den Gläubigerländern im Nordwesten des Euro-Raumes und den Schuldnerländern im Süden und Osten gekommen. Während der Krise haben die osteuropäischen Eliten den von ihnen mehr verwalteten als beherrschten Ländern harte Sparmaßnahmen auferlegt. Nicht zuletzt, um ihre guten Beziehungen zu den Machtzentren in den Gläubigerländern zu wahren. Als sich in Südeuropa Widerstand gegen solche Maßnahmen regte und EU-Kommission und EZB, im Falle Griechenlands auch der IWF, in langwierige Umschuldungsverhandlungen begaben, fühlten sich die osteuropäischen Eliten um die Früchte ihres vorausseilenden Gehorsams betrogen. Nicht anders als AfD, UKIP und ähnliche Truppen in den Gläubigerländern waren sie, ebenso wie erhebliche Teile der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern, der Meinung, die Südeuropäer würden für ihren Schlendrian auch noch belohnt. Dagegen würde ihnen der Lohn für freiwillig erbrachte Sparleistungen vorenthalten.

Gleichzeitig mussten die Südeuropäer erleben, dass ihre durch Proteste, Platzbesetzungen, Streiks und mitunter auch Wahlen bekundete Ablehnung der Sparpolitik gegen die Gläubiger nichts auszurichten hatte. Letztere konnten ihre Macht zwar behaupten, haben sich aber quer durch Europa mehr als unbeliebt gemacht. Seit der Euro-Krise grassierender Unmut und Misstrauen richten sich aber weniger gegen die ökonomischen Eliten und ihr gut betuchtes Umfeld als gegen die Politiker und Institutionen, die die Macht des großen Geldes durchsetzen und absichern. Ist das Vertrauen der Bevölkerung aber erstmal verspielt, hat es mit dem Absichern der Herrschaft seine liebe Not. Eine neue Rechte kostet diese Not weidlich aus. Ihr Auftauchen hat für die Eliten aber auch sein Gutes, weil sie einen guten Teil des aus ökonomischen und sozialen Spaltungen resultierenden Unmutes auf Flüchtlinge, Feministinnen und Klimaaktivisten umlenkt – und es den Institutionen der EU sowie zentristischen Regierungschefs wie Macron und Merkel erlaubt, sich als eigentlich doch ganz fortschrittlich darzustellen. In jedem Falle besser als alles was nach ihnen kommen könnte. Und nicht einem so rückwärts-gewandten Fortschritt verpflichtet wie Genosse Corbyn.

Linke in Europa

Dem wurde zum Verhängnis, dass viele der weniger Begüterten die Politik und nicht die Wirtschaft für ihre Sorgen und Nöte verantwortlich machen. In den deindustrialisierten Gegenden Englands identifizierten sie Politik zumeist mit Brüssel. Entsprechend wählten sie Johnson. Im nicht minder deindustrialisierten Schottland, wo Johnson sich von vornherein wenig ausrechnete, wurde das Londoner Politikestablishment für die gleichen Sorgen und Nöte verantwortlich gemacht, die etwas weiter südlich Brüssel ange- lastet wurden. Corbyn, der soziale Probleme in England wie in Schottland jenseits der Brexit-Frage zu thematisieren versuchte, galt als unsicherer Kantonist. Das Resultat: Mit einem Stimmenanteil von 45 Prozent konnten die pro-europäischen schottischen Nationalisten 48 der 59 schottischen Sitze im britischen Parlament abräumen.

Nur nebenbei: Würde in Britannien nach Verhältnis- statt nach Mehrheitswahlrecht ge- wählt, hätten die Tories mit ihren 43,6 Prozent Stimmenanteil die absolute Mehrheit klar verfehlt. Und damit auch das eindeutige Brexit-Mandat, das Johnson für sich reklamiert. Von den anderen im Parlament vertretenen Parteien ist Labour noch die EU-kritischste. Ob Johnson unter Bedingungen eines weniger archaischen Wahlrechts die Bildung ei- ner Regierungskoalition gelungen wäre, darf also bezweifelt werden. Welchen Unter- schied das Wahlrecht machen kann, zeigt ein Blick nach Spanien. Dort haben Sozialis- ten und Podemos einer von den katalanischen Linksnationalisten tolerierte Minderheits- regierung gebildet. Eine wacklige Konstruktion. Weit davon entfernt, die Beziehungen zwischen Madrid und Barcelona auf eine neue Grundlage zu stellen, ist der neuen Re- gierung immerhin eine Prioritätenverschiebung von der nationalen zur sozialen Frage gelungen. So herum lassen sich die Beziehungen zwischen Provinz- und Zentralregie- rungen, oder auch EU-Mitgliedern und EU-Institutionen, vielleicht besser aushandeln als, wie im Falle des Brexit, andersherum. Eine Labour-geführte Koalitionsregierung hätte Corbyn, wenn es denn ein entsprechendes Wahlrecht gäbe, vielleicht auch zu- stande gebracht.

Wie die Dinge nun aber liegen, werden die im Vorfeld der Wahl nur mühsam unter- drückten Spannungen innerhalb der Labour-Partei offen aufbrechen. Wie zu erwarten machen die immer noch reichlich vorhandenen Blair-Getreuen Corbys Linkskurs für den Verlust der Wahlen verantwortlich. Dabei haben die letzten Kandidaten aus ihren eigenen Reihen weniger Stimmenanteile eingefahren als Corbyn mit seinen 32,2 Pro- zent. Gordon Brown brachte es 2010 auf 29 Prozent, Ed Milliband 2015 auf 30,4 Pro- zent. Dass es dafür mehr Parlamentssitze gab, lag – genau: am Mehrheitswahlrecht. Andererseits ist unter Corbys Führung eine neue Generation von Labour-Aktivisten herangewachsen, die besser im Mobilisieren auf der Straße sind als die unter Blair groß gewordenen Apparatschiks. An Gelegenheiten dazu wird es nicht mangeln. Wie bereits erwähnt ist Johnsons Brexit-Mandat wesentlich schwächer als er selber glaubt oder zu glauben vorgibt. Wie immer er in Brüssel über die post-Brexit Beziehungen zur EU ver- handelt; irgendwer in England, Schottland, Wales oder Nordirland wird darüber unglück- lich sein. Dabei wird so manchen Johnson-Wählern aufgehen, dass Brüssel nicht Ver- treter feindlicher Nationen sondern Statthalter des Kapitals ist. Nicht viel anders als der Londoner Politikbetrieb. Es sei denn dieser Betrieb, ob in London, Brüssel oder an- derswo, wird durch Bewegungen von unten zu einer Bastion sozialer Gegenmacht auf- gebaut.